SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

No-Billag-Initiative 4
Nur bei einem JA zur No-Billag-Initiative wird sich etwas ändern

Asylpolitik 11
Aufwand für renitente Asylbewerber in Grenzen halten

Selbstbestimmung 13
Fremde Richter dürfen keinen Volksentscheid umkehren

Unterschreiben Sie die Begrenzungs-Initiative

Massive Zuwanderung stoppen!

AZB 3001 Bern - Preis Fr. 35.- jährlich - erscheint monatlich - 55 000 Expl. - www.svp.ch - klartext@svp.ch - Januar 2018

Die SVP in den Schweizer Medien

Neue Zürcher Zeitung

Nationalitäten-Nennung: Wie die SVP Wolffs umstrittenen Entscheid kippen will

Weil in der Stadt Zürich die Nationalität von Tätern in Polizeimeldungen nicht mehr genannt wird, hat die SVP eine Volksinitiative lanciert, die den Entscheid wieder korrigieren will. In bestimmten Fällen will sie aber noch weiter gehen.

watson

Kündigung der Personenfreizügigkeit: Die SVP startet mit der Unterschriftensammlung

Die Bundeskanzlei gibt grünes Licht: Die SVP startet am 16. Januar mit der Unterschriftensammlung zu ihrer Begrenzungsinitiative.

SOLOTHURNER ZEITUNG

START SOLOTHURN SCHWEIZ AUSLAND WIRTSCHAFT SPORT

SINGBEFEHL

SVP-Kantonsrat will in Schulen die Landeshymne zum Obligatorium machen

«Swissness» ist in Mode. Die Solothurner Regierung möchte die Schulen aber trotzdem nicht verpflichten, regelmässig die Nationalhymne zu singen. Severin Bigler

Das Wort des Parteipräsidenten

Hopp Genf, Bern, Graubünden, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug und Zürich!

„Zu Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland“ hat schon mein Namensvetter Albert Bitzius, alias Jeremias Gotthelf, gesagt. Das gilt auch für unsere Partei.

Dazu sind wir im Jahre 2018 ganz besonders gefordert. In Genf, Bern, Graubünden, Obwalden, Nidwalden, Glarus und Zug stehen kantonale, in Zürich Gemeindewahlen an. Die Vorzeichen stehen gut, wir durften uns von der nationalen Partei in allen Sektionen von klaren Zielsetzungen und Massnahmen überzeugen lassen. Aber erst die richtige Umsetzung wird zum Erfolg führen. Die Handarbeit beginnt jetzt. Aufmerksamkeit und Wiederholung der Botschaften ist matchentscheidend für Sieg oder Niederlage. Ich bin überzeugt, dass die SVP weiter zulegen kann.

Ich fordere Sie, auf kantonaler Ebene auch die nationalen Themen anzusprechen. Die kantonalen Parlamente können mit Standesinitiativen direkt in die nationale Politik eingreifen. Besonders für die Bekämpfung des von der EU gewollten Rahmenvertrages mit automatischer Rechtsanpassung, fremden Richtern und einseitigen Sanktionsmassnahmen werden wir auch auf die Gegenwehr der Kantone angewiesen sein. Denn auch sie werden wesentliche Teile ihrer Souveränität verlieren. Setzen Sie sich deshalb auch als Grossratskandidat für die Unabhängigkeit und Freiheit der Schweiz ein. Das ist unser bester Trumpf. Keine andere Partei ist hier glaubwürdig. Benutzen sie im Wahlkampf auch die Möglichkeit unserer soeben lancierten Begrenzungsinitiative zur Steuerung der Zuwanderung.

Bestellen Sie Unterschriftenbogen. Wenn die Leute Sie auf der Strasse beim Unterschriftensammeln sehen, haben sie den Beweis, dass Sie für unser Land und die Partei arbeiten. Dann werden sie Ihnen auch die Stimme geben. Die Ausgangslage ist gut, die Umfragen trauen uns ein Wachstum zu. Aber nicht Umfragen, sondern nur Wahlresultate zählen. Deshalb gebt alles, damit die Schweiz Schweiz bleibt!

Albert Rösti

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz

„Tauschen mit Doris“ – damit die Schweiz nicht kalt geduscht wird

Im letzten Jahr war unsere Landesregierung masslos überfordert. Und die EU nutzte die Schwächen kaltblütig aus. Mit einem Kolonialvertrag will die EU-Kommission der Schweiz fremde Richter und die automatische Übernahme von EU-Recht aufs Auge drücken. Juncker sprach von einem „Freundschaftsvertrag“. Leuthard strahlte, Cassis muss handeln.

Die Mehrheit des Parlaments und des Bundesrats lassen sich von der EU erpressen. Nein zur 1,3 Milliarden-Kohäsions-Zahlung an die EU.

Die EU-Kommission beschloss auf das Jahresende, unser Land massiv zu diskriminieren. Was für ein schöner „Dank“ für die bundesrätlich versprochene Kohäsionsmilliarde! Gemäss Medien reagierte Bundesbern „heftig“ auf Brüssels unsägliches Verhalten. Heftig? Ich sehe es anders. Der Bundesrat führte ein Minidrama auf. Titel: „Empören mit Doris“.

Teures Frühstück der christdemokratischen Internationalen

Wenig vorher hatte sich Leuthard bei einem geheimen Morgenessen mit EU-Juncker und CVP-Präsident Pfister kolossal verschätzt. Zwischen Kaffee und Gipfeli wurde der EU an jenem „Christdemokraten-Gipfeli“ das Blaue vom Himmel

Bundespräsidentin Doris Leuthard mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in Bern im November 2017

versprochen. Leuthard stellte eine freiwillige Zahlung von 1.3 Milliarden Franken in Aussicht. Dabei

«Das Rahmenabkommen meuchelt unsere einzigartige direkte Demokratie.»

wurde sie von ihrem Parteifreund aus Luxemburg gnadenlos über den Frühstückstisch gezogen. Dass die Vertreterin der 11,6 Prozent-Minderheit weder die drei grossen Bundesratsparteien am Tisch haben wollte, noch den Gesamtbundesrat über das Treffen informiert hatte, passt in den schrägen Rahmen.

Aussenminister Cassis ist nun am Zug

Aussenminister Cassis muss die Zügel in die Hand nehmen und endgültig den „Stop-Doris-Knopf“ drücken. Er muss die Führung im EU-Dossier übernehmen, also „tauschen mit Doris“. Und zwar heute – und nicht erst morgen! Warum? Das Rahmenabkommen meuchelt unsere einzigartige direkte Demokratie. Darum ist es zu bekämpfen. Drei Dinge sind dringend zu tun:

- Erstens hat der Bundesrat Brüssel klar zu machen, dass das Schweizer Volk einem solchen Vertrag nicht zustimmen würde.
- Zweitens muss Cassis das Team der vereinten EU-Kuscher aus CVP und SP endlich verbal abtrocknen.
- Und drittens muss das Parlament die milliardenteure „Kohäsionszahlung" ablehnen. Andernfalls werden wir mit der Brüsseler Brause auch künftig kalt geduscht.

von Nationalrat Roland Rino Büchel Oberriet (SG)

Die Gebühren-Einnahmen sind auf 1,358 Milliarden Franken gestiegen und die SRG baut ihr Angebot ständig aus.

Nur bei einem JA zur No-Billag-Initiative wird sich etwas ändern

Erinnern Sie sich an die Versprechen von Bundesrätin Doris Leuthard und des ehemaligen SRG-Generaldirektors Roger de Weck nach der knapp gewonnenen Abstimmung über das Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) Es werde eine offene und konstruktive Service public-Diskussion geben! Das Gegenteil ist passiert: Die Diskussion fand nicht statt, die Gesamteinnahmen der Gebühren sind gestiegen (auf 1,358 Milliarden Franken im Jahr 2016) und die SRG hat ausgebaut: Zu den 17 Radio- und 7 Fernsehsendern und 13 Websites kamen sage und schreibe 108 Facebook-, 54 Twitter- und 32 Instagram-Accounts sowie 42 YouTube-Kanäle dazu.

Nachdem der von der SVP im Nationalrat eingebrachte Gegenvorschlag für eine Halbierung der Gebühren vom Parlament leider abgelehnt wurde, bin ich zum Schluss gelangt, dass sich nur bei einem JA zu No Billag etwas ändern wird.

Die stv. Generaldirektorin der SRG, Ladina Heimgartner, schrieb jüngst in der NZZ: „Gross wäre die Erleichterung innerhalb der SRG, würde es eine realistische Alternative geben, die Sinn und Geist dieses Gesellschaftsauftrags auch im Fall der Annahme der No Billag-Initiative ermöglichen.“ Auf meine Frage, warum die SRG-Chefs alle Vorstösse und den Gegenvorschlag im Parlament bekämpft hätten, habe ich keine Antwort erhalten.

«Alleine der Generaldirektor verdient mehr als 500‘000 Franken pro Jahr, wofür über 1100 Gebührenzahler (à 451 Franken) aufkommen müssen.»

Plan B der SRG

Dass die SRG keinen Plan B haben soll, ist ein Witz. Wenn all jene, die Nein zur Initiative sagen, im heutigen Umfang bezahlen würden, käme ein hoher Betrag zusammen. Auch ich würde ein Abo der Tagesschau kaufen. Diese Sendung kostete 2016 pro Zuschauer und Sendung übrigens 9 Rappen. Hochgerechnet auf ein Jahr ergibt das Kosten von 33 Franken. Es sei an dieser Stelle auch die Frage gestellt, für was die SRG ein so teures Management braucht, das keine Alternativen aufzeigt. Alleine der Generaldirektor verdient mehr als 500‘000 Franken pro Jahr, wofür über 1100 Gebührenzahler (à 451 Franken) aufkommen müssen. Sparpotential gibt es also genügend. Statt ihre Verantwor-

JA zur Abschaffung der Zwangsgebühren!

Sparpotential gibt es bei der SRG genug. Deshalb braucht es ein JA zur No-Billag-Initiative.

tung wahrzunehmen, schicken die SRG-Chefs ihre Mitarbeiter auf Facebook und Twitter in den Abstimmungskampf. Zusammen mit Künstlern und Promis warnen sie vor einem „Black out" und dem Zusammenbruch des Landes. Die Abhängigkeiten vieler Personen, Organisationen und Branchen von staatlichen Geldern werden deutlich.

Meinungs- und Medienfreiheit

No Billag-Befürworter werden als Egoisten und Landesverräter beschimpft. Wie weit haben wir es gebracht in unserer Demokratie, in der Meinungsfreiheit zentral ist? Dazu gehören auch die Medienfreiheit und die Medienvielfalt. Wer sagt, diese werden (nur) mit staatlichen Geldern sichergestellt, irrt. Eigentlich müssten Zeitungsredaktoren und Medienunternehmer auf die Barrikaden steigen. Qualität soll nur sein, was mit Steuern finanziert ist? Bei Zeitungen und im Internet herrscht Wahlfreiheit: Die Leser und User können selber entscheiden, was für sie Qualität ist, und welche Medien sie konsumieren wollen. Dies soll künftig auch für den Radio- und Fernsehkonsum gelten!

Mit den freiwilligen Abo- und damit verbundenen Werbeeinnahmen, wird die SRG auch nach Annahme der No Billag-Initiative in allen Landesteilen präsent sein können. Man muss es nur wollen und Ja stimmen.

von Nationalrätin
Natalie Rickli
Winterthur (ZH)

INSERAT

#SUZUKI#KOMPAKT#COOL#4x4

SUZUKI 0.9% MIT-LEASING

NEW SUZUKI SWIFT BEREITS FÜR Fr. 15 990.– ODER AB Fr. 108.–/MONAT

NEW SUZUKI IGNIS BEREITS FÜR Fr. 14 990.– ODER AB Fr. 95.–/MONAT

New Suzuki Swift Compact Top Hybrid 4x4

New Suzuki Ignis Compact Top Hybrid 4x4

ALLGRIP 4x4 HYBRID ALLGRIP 4x4 HYBRID

Leasingkonditionen: 24 Monate Laufzeit, 10 000 km pro Jahr, effektiver Jahreszins 0.9 %. Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung: 30 % vom Nettoverkaufspreis. Der Leasingzinssatz ist an die Laufzeit gebunden. Ihr offizieller Suzuki Fachhändler unterbreitet Ihnen gerne ein individuell auf Sie zugeschnittenes Leasingangebot für den Suzuki Ihrer Wahl. Leasingpartner ist die MultiLease AG. Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.

SUZUKI FAHREN, TREIBSTOFF SPAREN: New Suzuki Swift Unico, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 15 990.–, Treibstoff-Normverbrauch: 4.3 l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: D, CO_2-Emissionen: 98 g/km; CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 22 g/km; **Hauptbild:** New Suzuki Swift Compact Top Hybrid 4x4, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 22 690.–, Zubehör: Frontgrill-Kit, Treibstoff-Normverbrauch: 4.5 l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: D, CO_2-Emissionen: 101 g/km; CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 23 g/km. New Suzuki Ignis Unico, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 14 990.–, Treibstoff-Normverbrauch: 4.6 l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO_2-Emissionen: 104 g/km; CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 23 g/km; **Hauptbild:** New Suzuki Ignis Compact Top Hybrid 4x4, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 21 990.–, Zubehör: Exterior Kit, Treibstoff-Normverbrauch: 4.7 l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: E, CO_2-Emissionen: 106 g/km; CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 24 g/km; Durchschnittswert CO_2-Emissionen aller in der Schweiz neu immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 133 g/km.

Die kompakte Nr. 1

SUZUKI Way of Life!

www.suzuki.ch

Darum braucht es die Begrenzungs-Initiative

von Nationalrätin Sandra Sollberger (BL) und Nationalrat Thomas Aeschi (ZG), SVP-Fraktionspräsident

Die Volksinitiative gegen Masseneinwanderung wurde zwar am 9. Februar 2014 von Volk und Ständen angenommen. Bundesrat und Parlament haben sich jedoch entschieden, diesen Verfassungsauftrag nicht wahrzunehmen. Die direkte Demokratie wurde dadurch mit Füssen getreten. Gleichzeitig setzte sich die masslose und unkontrollierte Einwanderung ungebremst fort.

Seit Jahren liegt die Nettozuwanderung in der Schweiz zwischen 60‘000 und 80‘000 Personen pro Jahr und die Folgen dieser Entwicklung sind für alle täglich spürbar. Der Druck am Arbeitsplatz steigt, der Wohnraum wird knapper, Mieten und Hauspreise steigen, Löhne sinken, gleichzeitig wird es auf den Strassen und in den Zügen immer gedrängter. Am stärksten fallen jedoch die explodierenden Sozialausgaben ins Gewicht. Der Ausländeranteil in den Sozialwerken ist überproportional hoch und die Kosten steigen und steigen. Fazit: Die Schweiz braucht endlich eine auf die eigenen Bedürfnisse angepasste Zuwanderung.

Das will die Initiative

Eine eigenständige Steuerung der Einwanderung ist für jedes unabhängige und wirtschaftlich erfolgreiche Land eine Notwendigkeit. Nachdem sich Bundesrat und Parlament weigerten, die Zuwanderung zu bremsen, ist die Begrenzungs-Initiative die einzig logische Konsequenz. Ziel muss es sein, die weltfremde und schädliche Personenfreizügigkeit zu beenden. Mit der Initiative soll daher ein vertraglicher Rechtsanspruch auf freien Personenverkehr für Ausländer ausgeschlossen werden. In der Bundesverfassung wird verankert, dass keine neuen internationalen Verträge oder Verpflichtungen vereinbart werden dürfen, die Ausländern einen Anspruch einräumen auf Aufenthalt oder Ausübung einer Erwerbstätigkeit oder auf Gewährleistung der gleichen Lebens- und Arbeitsbedingungen wie für Inländer. Das Freizügigkeitsabkommen mit der EU muss neu ausgehandelt oder gekündigt werden, falls die EU weiterhin auf stur schaltet. Keinesfalls wird mit der Initiative das bilaterale Verhältnis mit der EU beendet. Im Gegenteil, die Initiative bewirkt, dass die Schweiz endlich auf politischer und wirtschaftlicher Augenhöhe mit der EU verhandelt. Denn für die Schweiz ist die Personenfreizügigkeit nicht im eigenen Interesse. Umgekehrt haben die Schweiz und die EU ein gegenseitiges Interesse an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Daran wird nicht gerüttelt.

Haben Sie gewusst, dass...

die **10-Millionen-Schweiz** bald Realität wird?

die Personenfreizügigkeit über **500 Millionen** EU-Bürgern ein Recht auf Einwanderung und Niederlassung in unserem Land gibt?

im Durchschnitt pro Jahr netto **75‘000 Ausländer** in die Schweiz einwandern?

Zuwanderung im Interesse des Landes

Vor dem Hintergrund der aktuellen welt- und sicherheitspolitischen Umwälzungen mässigen viele Staaten ihre Zuwanderungspolitik. Denn die Politik der offenen Arme schlug bitter fehl. Oft folgten auf die unkontrollierte Zuwanderung kulturelle-, sozial- und finanzpolitische sowie sicherheitspolitische Probleme. Es käme dabei niemandem in den Sinn, hunderten von Millionen von Bürgern anderer Staaten einen rechtlichen Anspruch auf Aufenthalt, Erwerb und Sozialleistungen zu gewähren. Vielmehr wird vielerorts die Einwanderung wieder strikte nach den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen sowie im Interesse der Sicherheit ausgerichtet. Unterschreiben Sie jetzt die Begrenzungs-Initiative, damit auch die Schweiz ihre Einwanderungspolitik den eigenen Gegebenheiten anpassen kann und der masslosen Zuwanderung ein Riegel geschoben wird.

Weshalb die Begrenzungs-Initiative unterzeichnen?

Barbara Steinemann
JURISTIN UND NATIONALRÄTIN
REGENSDORF (ZH)

" Seit Einführung der Personenfreizügigkeit hat sich das Sozialhilferisiko der Menschen über 50 Jahren verdoppelt. Darum unterschreibe ich!

Erich Hess
NATIONALRAT UND STADTRAT
BERN (BE)

" Ich unterzeichne die Initiative, damit die Schweiz die Zuwanderung wieder selber steuern kann.

Sam Büsser
GEBÄUDETECHNIKPLANER SANITÄR
ST. GALLENKAPPEL (SG)

" In der Bundesverfassung heisst es, die Schweiz steuert ihre Zuwanderung selbst. Deshalb dürfen wir die Personenfreizügigkeit nicht akzeptieren

Sandro Wächter
INFORMATIKER
SCHINZNACH BAD (AG)

" Es ist gefährlich, wenn wir die EU weiterhin so über uns bestimmen lassen!

Nicole Roth
DIPLOMIERTE PFLEGEFACHFRAU HF
WINTERSINGEN (BL)

" Ich unterstütze die Begrenzungsinitiative, weil die Schweiz ein eigenständiges Land ist und die Zuwanderung selber steuern kann.

Christoph Henz
BANKKAUFMANN
SEEDORF (BE)

" Verfügbarer Platz in der Schweiz wird immer knapper. Die einzige Möglichkeit zum Erhalt unserer Lebensqualität: die Begrenzungsinitiative

Tobias Infortuna
TREUHÄNDER
EGG (ZH)

" Benötigte Fachkräfte können gerne in die Schweiz kommen, aber offene Grenzen auch für Sozialhilfebezüger schaden unserem Land.

Samuel Lütolf
MEDIAMATIKER
KÜSSNACHT AM RIGI (SZ)

" Infrastruktur und Sozialsysteme gelangen überall an Ihre Grenzen, deshalb muss die masslose Zuwanderung unbedingt begrenzt werden!

Benjamin Fischer
BETRIEBSÖKONOM FH
VOLKETSWIL (ZH)

" Ich will keine 10 Mio. Schweiz!

Testimonials auf
www.begrenzungsinitiative.ch

Schreiben auch Sie Ihr Testimonial online!

Rufen Sie die Webseite auf
www.begrenzungsinitiative.ch
1

Schreiben Sie Ihr Testimonial
2

Teilen Sie Ihr Testimonial auf Facebook
3

«Selbstbestimmung u

Die SVP Schweiz führte erneut ihre traditionelle Kadertagung in Bad Horn durch. Eine Vielzahl von Mitgliedern aus der ganzen Schweiz nahmen am Anlass teil.

Am 5. und 6. Januar führte die SVP Schweiz wiederum die traditionelle Kadertagung in Bad Horn durch. Im Zentrum der diesjährigen Tagung stand der Erhalt unserer Selbstbestimmung, die Personenfreizügigkeit mit der EU, die direkte Demokratie und damit unsere Freiheit.

Am sehr gut besuchten Anlass nahmen zahlreiche kantonale Parteipräsidenten, Sekretäre, Fraktionspräsidenten, National- und Ständeräte, Regierungsräte und Bundesrichter aus unserer Partei teil. Zu Beginn analysierte der Deutschland-Korrespondent des Schweizer Fernsehens, Adrian Arnold, die politische Situation in unserem nördlichen Nachbarland. Seine Einschätzungen der an Einfluss gewinnenden AFD und FDP stiessen auf grosses Interesse der Zuhörer. Weiter ging es mit einer spannenden Standortbestimmung unseres Nationalrates Thomas Matter zur Personenfreizügigkeit in Europa. Dabei konnte er eindrücklich aufzeigen, wie die Fehlkonstruktion der Personenfreizügigkeit in ganz Europa zunehmend unter Druck steht und gerade in Grossbritannien zum Austritt aus der EU geführt hatte. Sie wurde von Brüssel in erster Linie eingeführt, um die Nationalstaaten aufzulösen und wird zu einer Absenkung des Lebensstandards in wohlhabenden Ländern wie der Schweiz führen.

Als Unternehmerin referierte Nationalrätin Magdalena Martullo anschliessend zum Thema Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt. Ein liberaler Arbeitsmarkt, basierend auf Vertragsfreiheit zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, führte in der Vergangenheit zu Arbeitsfrieden, Vertrauen, geringen Einflussnahme von Gewerkschaften und Staat und damit zu hoher Flexibilität sowie Wohlstand.

Die Einführung der Personenfreizügigkeit hat hingegen diese Stärken unseres Standortes zerstört. Die flankierenden Massnahmen führten zu Bürokratie und Regulierung. Die Gesamtarbeitsverträge haben sich seit 2001 mehr als verdoppelt, dienen wiederum als Geldmaschine für Gewerkschaften und Verbände, welche damit gerade über die Beiträge der Arbeitnehmer Millionen einnehmen. Damit ist klar, weshalb die linken Gewerkschaften und Parteien die Personen-

nd Freiheit erhalten»

freizügigkeit mit den flankierenden Massnahmen befürworten – während die Arbeitnehmer und Unternehmen entmündigt werden, in der Bürokratie ersticken und immer mehr In- wie Ausländer in der Arbeitslosigkeit landen. Zum Abschluss des ersten Tages sprach unser Bundesrat Ueli Maurer zu den Anwesenden. Er appellierte dabei an die Parteimitglieder, wieder mehr zu kämpfen, zu mobilisieren, eigene Interessen in den Hintergrund zu stellen und für die Bürger zu kämpfen. Am Samstag stand das Verhältnis des undemokratischen Völkerrechts zu unserem Landesrecht im Vordergrund.

Am Ende des ersten Tages sprach Bundesrat Ueli Maurer, Chef des EFD zu den Anwesenden mit Herzblut und Humor.

Der bekannte Anwalt Valentin Landmann, sowie der frühere Bundesgerichtspräsident der SP Martin Schubarth waren sich einig: Die Menschenrechte waren in unserer Verfassung verankert, lange bevor die Europäische Menschenrechtskonvention geschaffen wurde. Das eigentliche Problem liegt beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof, welcher heute seine Kompetenzen massiv überschreitet und sich in innerstaatliche Angelegenheiten einmischt, welche ihn nichts angehen. Nationalrat Hans-Ueli Vogt legte dann in einem mitreissenden Referat eindrücklich dar, wie unsere Selbstbestimmungsinitiative diese Problematik aufnimmt, Rechtssicherheit schafft und wieder dafür sorgt, dass unser Landesrecht Vorrang hat. Zum Abschluss der Tagung nahm Strategiechef Christoph Blocher eine Analyse vor, rief zur Mobilisierung auf und betonte die wichtigsten politischen Themen bis zu den Wahlen 2019. Parteipräsident und Nationalrat Albert Rösti fasste am Ende zusammen, zog die notwendigen Erkenntnisse für die weitere Arbeit und schloss den einmal mehr erfolgreichen Anlass ab.

Nationalrätin Magdalena Martullo, Unternehmerin, sprach zum Thema Personenfreizügigkeit und deren schädlichen Auswirkungen auf den Schweizer Arbeitsmarkt.

von Generalsekretär der SVP Schweiz Gabriel Lüchinger

Appenzeller
Vermögensverwaltung

Appenzeller sind ein traditionsbewusstes Völklein, legen Wert auf Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. Sie gelten als witzig, fröhlich und schlagfertig.

Appenzeller vermögen immer wieder mit ihrer Geschäftstüchtigkeit zu überzeugen. Gar viele überzeugen mit ihrem geschickten Umgang in finanziellen Angelegenheiten. Kein Wunder, steht der kleine Kanton auch in der heutigen Zeit schuldenfrei da.

Appenzeller Vermögensverwaltung. So heisst unser Unternehmen für die Verwaltung von kleineren und grösseren Vermögen. Weitsichtiges Denken und vorsichtige Anlagestrategien gesellen sich mit appenzellischer Bodenhaftung.

Unabhängigkeit, Transparenz und eine gute Performance sind unsere Markenzeichen.

Appenzeller Vermögensverwaltung AG
Brenden 28 • CH-9050 Appenzell
Telefon +41 71 780 02 00

www.appenzeller-vermoegen.swiss

dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

MARKUS REZZONICO
SVP-Delegierter Kanton Solothurn
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75
www.dietschi-pd.ch

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN®
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

Kontinuität
<lat.> continuitas –
«ununterbrochene Fortdauer»

Damit eine Botschaft Erfolg bringt, darf nicht von ihr abgewichen werden. Denn Beständigkeit ist ein Prinzip des Erfolges. Deshalb raten wir unseren Kunden: Bleiben Sie Ihrer Botschaft treu! Denn nur ununterbrochenes Fortbestehen einer Botschaft bringt den Erfolg.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT 2018

Mehr als 60‘000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie per E-Mail an **klartext@svp.ch**

IMPRESSUM
SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55‘000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Patrice Piquerez | Bildquellen: Schweizer Parlament, Wikipedia, SVP Schweiz

Aufwand für renitente Asylbewerber in Grenzen halten

Mit der Änderung des Asylgesetzes gelten neu höhere Anforderungen an eine Zuweisung in ein besonderes Zentrum für Renitente. Zudem sollen die Gerichte den Begriff der «erheblichen Gefährdung» konkretisieren. Dies produziert unnötige Rechtsfälle, Kosten und setzt falsche Signale. Die bisherige Regelung ist deshalb beizubehalten.

Rund 35'000 Asylanten leben auf Kosten des Steuerzahlers in der Schweiz

Würde es nicht schwarz auf weiss im neuen Asylgesetz stehen, so würde man es fast nicht glauben: Der Bundesrat und das Staatssekretariat für Migration (SEM) wollen die Kriterien, wann ein Asylbewerber in ein besonderes Zentrum für Renitente gebracht wird, deutlich aufweichen.

Denn waren bislang die Kriterien für eine Gefährdung oder Störung klar und abschliessend umschrieben, spricht man im neuen Asylgesetz nur noch allgemein von „gefährden“ oder „erheblich stören“. Dies schreit natürlich geradezu nach einer Auslegung der Gerichte im Einzelfall und wird uns nebst massiv mehr Kosten statt einer Beschleunigung eine deutliche Verlangsamung der Verfahren bescheren. Man fragt sich unwillkürlich, ob dies Absicht oder Versehen ist – also, ob die es beim SEM einfach nicht besser wissen, oder ob man mit voller Absicht wieder weitere Wohltaten für renitente Asylbewerber eingebaut hat.

Der lange Arm der Hilfswerke im SEM

Schaut man auf die Herkunft der Führungsriege des SEM, so wird einem schnell klar, dass pure Absicht dahintersteckt. Das „Caritas Mutter Theresa-Syndrom“ greift dort immer mehr um sich. Kein Wunder, stammen doch, inklusive der Departementsvorsteherin, alle Führungspersonen aus der Hilfsindustrie!

Der Leiter des SEM, Staatssekretär Mario Gattiker, war Leiter Rechtsdienst der Caritas. Seine Stellvertreterin, Barbara Büschi, war Präsidentin von Caritas Bern. Esther Maurer, welche neu als Vizedirektorin amtet, war Präsidentin von „Solidar Suisse“ (ehemaliges Arbeiterhilfswerk) und hat einen Apell unterzeichnet, dass wir 50‘000 Flüchtlinge aufnehmen sollen. Ja sogar die gute Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga war 5 Jahre Präsidentin von Swissaid. Noch Fragen?

«Im neuen Asylgesetz spricht man nur noch allgemein von „gefährden“ oder „erheblich stören“.»

SVP fordert Rückkehr zu altem Regime

Die SVP wehrt sich gegen diese deutliche Verteuerung und Verlangsamung der Verfahren und hat einen entsprechenden Fraktionsvorstoss eingereicht, welcher eine Rückkehr zur bisherigen Regelung fordert. Wir sind gespannt, ob die Vertreterinnen und Vertreter der FDP und der CVP uns in den Kommissionen und im Parlament dabei unterstützen werden.

von Nationalrat Andreas Glarner Oberwil-Lieli (AG)

BRINK HAUS 1450 VERLAG

Bergfried

Ein realitätsbezogener Roman von Oskar Freysinger

CHF 19.90 (unverbindlicher Listenpreis)

ISBN 978-3-906900-11-7 | 148 Seiten | Softcover | Format 11 x 18 cm

Selbst auf dem Berg ist der Tod nicht mehr sicher …

Wie so oft werden traditionelle Stätten aus wirtschaftlichen Gründen beiseite geschoben. So soll auch in diesem wirklichkeitsbezogenen Roman eine Ruhestätte einem Ferienresort weichen. Doch damit soll der Baulöwe Alphons Blatter nicht durchkommen.

Bestellung per Post oder Telefon
Brinkhaus Verlag
Kantonsstrasse 43, 6048 Horw
Tel. 041 211 00 90

Online bestellen
Bestellen Sie direkt
unter www.brinkhausverlag.ch

Ausserdem finden Sie das Buch auch in ausgewählten Buchhandlungen.

Fremde Richter dürfen keinen Volksentscheid umkehren

Die Selbstbestimmungsinitiative der SVP hat ein einfaches Ziel: Wenn die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung an der Urne entschieden hat, darf kein Richter den Entscheid umkehren; auch nicht via angeblich übergeordnetes Völkerrecht.

Der Mann, der für die SVP die Selbstbestimmungsinitiative entworfen hat, ist der wohl beste Kenner der Schweizer Rechtsordnung in Bundesbern. Für eine ganze Generation von Juristen hat er als Uni-Professor das mehr als 750-seitige Standard-Werk „Einführung in das Recht“ verfasst (die alte „Forstmoser-Ausgabe“ wurde damit ergänzt und verbessert). Falls es nun andere Parteien, Parlamentarier oder Spitzenbeamte gibt, die in einem Gegenvorschlag dasselbe Prinzip besser formulieren können, ist nichts dagegen einzuwenden. Voraussetzung ist aber, dass ehrlich dasselbe Ziel verfolgt wird und keine hinterhältigen Schlupflöcher eingebaut werden. Wenn der Text nicht von der SVP stammt, könnte dies insofern sogar von Vorteil sein, da wir in einer Zeit leben, in der selbst beste Vorschläge in den Boden gestampft werden, nur weil sie von der „falschen Partei“ kommen.

Die Stimme des Volkes ist für die EU nicht mehr wert als WC-Papier.

Selbst Linke und Grüne müssten für die Initiative sein

Weshalb Linke und Grüne generell Vorrang von internationalem Recht verlangen, bleibt ihr Geheimnis. Sehen sie nicht, dass beim „Völkerrecht-Vorrang“ plötzlich internationale Tierschutzregeln gelten, z.B. solche von Spanien bis Bulgarien? Übersehen sie, dass wir dann nicht mehr diskutieren müssen, ob Glyphosat ein giftiges Pflanzenschutzmittel sei? Das „übergeordnete Völkerrecht“ beendet solche Diskussionen; wie wohl generell bei Lebensmitteln. Wenn überall übergeordnetes Recht gilt, spielt es keine Rolle mehr, ob Pflanzengifte aus Argentinien, USA oder China stammen und wo die längst legalen Gen-Manipulationen vorgenommen wurden.

Fazit

Unsere Volksentscheide müssen Vorrang haben, auch wenn unsere weltweit einmalige direkte Demokratie vielen Politikern, Medienschaffenden und Richtern nicht passt.

von Nationalrat Luzi Stamm, Baden-Dättwil (AG)

Touristen-Sprachniveau genügt für Einbürgerungen nicht

Die SVP konnte sich im Kanton Thurgau gegen Mitte-links durchsetzen und die sprachlichen Anforderungen für eine Einbürgerung erhöhen. Damit dürfte der unsägliche Dolmetscher-Beizug von Behörden im Kontakt mit «Neu-Schweizern» bald der Vergangenheit angehören.

Wer sich einbürgern lassen will, muss erfolgreich integriert sein. So steht es im eidgenössischen Bürgerrechtsgesetz. Was aber heisst das? Das Schlüsselkriterium sind die Sprachkenntnisse: Wer nicht gut Deutsch kann, kann nicht er-folgreich integriert sein. Die Sprache ist der Schlüssel zu Land und Leuten, zur Gesellschaft, Arbeitswelt, Politik und Kultur. Die Bürgerrechtsverordnung regelt die sprachlichen Mindestanforderungen. Sie verweist dafür auf den sechsstufigen europäischen Referenzrahmen für Sprachen: Wer sich einbürgern lassen will, muss mindestens B1 mündlich (Stufe 3) und A2 schriftlich (Stufe 2) aufweisen. Diese Vorgabe ist zu tief. Wer schriftlich A2 aufweist, kann nur einfachste Kurztexte lesen, bspw. eine Speisekarte oder einen Fahrplan, aber keine Zeitung. Wer mündlich B1 aufweist, kann zwar die meisten Situationen bewältigen, denen man als Tourist auf Reisen begegnet, aber kein normales Gespräch mit Einheimischen führen (siehe Grafik). Dennoch haben leider fast alle Kantone das Bundesminimum (A2/B1) übernommen.

Dolmetscher für «Neu-Schweizer»

Es ist eine traurige Tatsache: Immer öfter benötigen Behörden Dolmetscher, um sich mit «Neu-Schweizern» zu verständigen. Das kann und darf nicht sein! Ein Austausch mit Einheimischen muss spontan und unkompliziert möglich sein. Nicht vertiefte politische oder fachliche Diskussionen, aber normale Gespräche. Dafür braucht es mündlich und schriftlich je eine Stufe mehr. Es geht wohlgemerkt nicht um Aufenthaltsbewilligungen, sondern immerhin um das Schweizer Bürgerrecht! Wir wollen nicht möglichst viele, sondern nur gut integrierte neue Mitbürgerinnen und Mitbürger – mit denen wir uns auf Deutsch und ohne Dolmetscher unterhalten können.

	Vorgabe Bund	Vorgabe Thurgau
Mündliches Sprachniveau	B1 (Stufe 3 von 6 Stufen)	B2 (Stufe 4 von 6 Stufen)
	• Ich kann die meisten Situationen bewältigen, denen man auf Reisen im (fremden) Sprachgebiet begegnet. • Ich kann die Hauptpunkte verstehen, wenn klare Standardsprache verwendet wird und wenn es um vertraute Dinge aus Arbeit, Schule, Freizeit usw. geht. • Ich kann kurz meine Meinungen und Pläne erklären und begründen.	• Ich kann mich so spontan und fliessend verständigen, dass ein normales Gespräch mit einem Muttersprachler recht gut möglich ist. • Ich kann längere Redebeiträge und Vorträge verstehen und auch komplexer Argumentation folgen, wenn mir das Thema einigermassen vertraut ist. • Ich kann am Fernsehen die meisten Nachrichtensendungen und aktuellen Reportagen verstehen.
Schriftliches Sprachniveau	A2 (Stufe 2 von 6 Stufen)	B1 (Stufe 3 von 6 Stufen)
	• Ich kann ganz kurze, einfache Texte lesen. Ich kann in einfachen Alltagstexten (z.B. Anzeigen, Prospekten, Speisekarten oder Fahrplänen) konkrete, vorhersehbare Informationen auffinden. • Ich kann kurze, einfache persönliche Briefe verstehen. • Ich kann kurze, einfache Notizen und Mitteilungen schreiben.	• Ich kann Texte verstehen, in denen vor allem sehr gebräuchliche Alltags- oder Berufssprache vorkommt. • Ich kann private Briefe verstehen, in denen von Ereignissen, Gefühlen und Wünschen berichtet wird. • Ich kann über Themen, die mir vertraut sind oder mich persönlich interessieren, einfache zusammenhängende Texte schreiben.

(vgl. Europäisches Sprachenportfolio (ESP) - Raster zur Selbstbeurteilung)

Dank der SVP Thurgau, muss wer sich im Thurgau einbürgern will, künftig Deutsch mündlich B2 (statt nur B1) und schriftlich B1 (statt nur A2) nachweisen.

Erfolg der SVP im Thurgau

Trotz heftigem Widerstand der zuständigen Regierungsrätin und von SP/GP/CVP/EVP/GLP/BDP konnten wir uns durchsetzen. Der Grosse Rat hat meinen Antrag angenommen: Wer sich im Thurgau einbürgern will, muss künftig Deutsch mündlich B2 (statt nur B1) und schriftlich B1 (statt nur A2) nachweisen. Als einziger Kanton hat der Thurgau damit dank der SVP ein vernünftiges Sprachniveau im Gesetz verankert – im besten Bürgerrechtsgesetz der Schweiz. Es wäre sehr zu begrüssen, wenn andere Kantone diesem Beispiel folgen würden!

von Kantonsrat Pascal Schmid, Weinfelden (TG)

Halbierung der Bezüge statt Berufsparlament

von Nationalrat Roger Köppel, Küsnacht (ZH)

Das eidgenössische Parlament beschäftigt sich mit zu viel Unsinn. Mittlerweile werden ganze Sessionen verschwendet, um die Vorstösse von Parlamentariern zu bereden, die ebenso substanz- wie chancenlos sind. Ein Parlament, dessen Verwaltungsdelegation ein pubertäres Sexismus-Reglement für den Umgang zwischen Frauen und Männer unter der Bundeskuppel erlässt, hat definitiv zu viel Zeit und zu viel Geld. Das hat System: Der Aufwand wird bewusst hochgeschraubt, um Milizler abzuwehren, die sich hauptamtlich als Unternehmer, Gewerbler oder Angestellte in der freien Wirtschaft betätigen. Operativ tätige, echte Wirtschaftsvertreter sind deswegen in den beiden Kammern bis auf ganz wenige Ausnahmen ausgestorben. Sie werden gleichsam durch Panzersperren an künstlich hochgeschraubtem Aufwand ferngehalten. Diese Panzersperren müssen weg. Die Profiteure, Bürokraten und Geschäftlimacher sind zurückzubinden.

Vorstoss zur Halbierung der Ratsgehälter eingereicht

Das geht am einfachsten über das Portemonnaie. Ich habe darum einen Vorstoss eingereicht, um die viel zu hohen Bezüge der eidgenössischen Parlamentarier zu halbieren. Denn die heutige Höhe von Einkommen, Entschädigungen und Zulagen musste dazu führen, dass immer weniger Parlamentarier einem echten Beruf nachgehen. Vielmehr betreiben sie ihr politisches Mandat vollamtlich oder lassen sich dafür von einem Verband, einer Gewerkschaft, der öffentlichen Verwaltung oder einer Firma bezahlen. Andere haben ihre Firma verkauft oder weitergegeben, um ihr politisches Mandat wahrzunehmen. Damit aber besteht das Interesse, möglichst viel (auch unproduktive) Sitzungszeit anzusetzen und diese mit Unnötigem anzufüllen, statt einen straffen Zeitplan einzuhalten.

Halbierung der Bezüge stärkt unser Milizparlament

Dies hat direkte Auswirkungen auf die Politik und schlägt sich nieder in immer mehr unnötigen Gesetzen, bürokratischen Auflagen und einer immer noch mehr ausufernden Staatstätigkeit. Nur eine Halbierung der Parlamentarierbezüge ist geeignet, diese verhängnisvolle Entwicklung zum Schaden unserer Bürgerinnen und Bürger zu stoppen.

Parlamentariervergütungen haben sich mehr als verdoppelt

Das jährliche Einkommen der Nationalräte beträgt heute im Schnitt rund 130 000 Franken. Roger Köppel verlangt eine Halbierung der Bezüge

18. Nationaler SVP-Jasscup

mit Bundesrat Ueli Maurer
und SVP-National- und Ständeräten

Samstag, 17. Februar 2018

09:45 – 16:00 Uhr, Türöffnung 9:00 Uhr

Turmatthalle, Stans NW

Modus
Schieber mit zugelostem Partner.
4 Passen à 12 Spiele, gewertet 48 Spiele.

Kartenart
Französische und Deutschschweizer Karten.

Preise
Es gibt viele attraktive Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein kleines Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger.

Schätzwettbewerb:
1. Preis Fr. 300.-
2. Preis Fr. 200.-
3. Preis Fr. 100.-

Teilnahmegebühr
- Jassgebühr: Fr. 30.-
  ist an der Eingangskasse zu bezahlen
- Mittagessen: Fr. 20.-
  Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich

Teilnehmer
Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen.

Anmeldung
Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem untenstehenden Talon per E-Mail, Post oder Fax baldmöglichst anzumelden (Platzbeschränkung). Nach Ihrer Anmeldung erhalten Sie eine schriftliche Teilnahmebestätigung inkl. Details und Wegbeschrieb.

Anmeldeschluss ist der 9. Februar 2018

Organisation
SVP Stans unter der Leitung von OK-Präsident Marc Christen und Nationalrat Felix Müri. Turnierleiter: Fabian Cadonau.

✂- -

Anmeldetalon

Ich melde mich für den 18. nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 17. Februar 2018 an:

❑ Französische Karten ❑ Deutschschweizer Karten ❑ Egal

Name: ____________________ Vorname: ____________________

Adresse: ____________________ PLZ Ort: ____________________

Tel.: ____________________ E-Mail: ____________________

Anmeldung bis spätestens 9. Februar 2018 an:
SVP Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail: anmeldung@svp.ch